

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkassentor: Dresden 1530
Wilhelmsplatz Riesa Nr. 22

Nr. 167.

Donnerstag, 20. Juli 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 32.— Mark ohne Beleggeld. Einzelnummern 1.75 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (8 Silben) 5.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweilungs- und Vermittlungsgebühren 1.50 Mark. Feste Tarife. Gemäßigter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage einbezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Wieder- oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. W. F. Leichgräber, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Littrich, Riesa.

Deutschland und der Völkerbund.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß von Seiten der deutschen Regierung in jüngster Zeit wieder, wenn auch inoffiziell, mit Angehörigen der englischen Botschaft in Berlin über die Frage des Eintrittes Deutschlands in den Völkerbund Verhandlungen geführt worden sind. Abgesehen von dem Widerstand Frankreichs gegen einen solchen Schritt Deutschlands, scheint diese Frage durchaus noch nicht zur Beschlußfassung reif zu sein. Der Völkerbund in seiner heutigen Gestalt ist geradezu ein Demos auf seinen Namen. Er stellt nichts anderes dar als ein Ausführungsorgan des Versailler Friedensvertrages. Rechtsbruch hat er auf Rechtsbruch gehäuft. Von der „Verwaltung“ der Kolonien über die Entscheidung in Copen-Halme, die Zwangsbesetzung im Saargebiet, die Nichtachtung des deutschen Protestes gegen die Fortdauer der Besetzung von Düsseldorf und Duisburg bis zur obersteinsten Entscheidung hin, hat dieser sogenannte Völkerbund bewiesen, daß er nur ein Gefäß ist: die Wünsche der Pariser Staatsmänner. Deutschland würde, solange die enge Verbindung zwischen dem Versailler Friedensvertrag und dem unglückseligen Völkerbundsgebilde besteht, eine geradezu klägliche Rolle in dieser Versammlung der Völkern spielen. So tief ist selbst das besiegte Deutschland noch nicht gesunken, daß es die Erlaubnis zu dieser Ohnmachtstrolche als eine Gnade anzusehen hat. Eine nicht der Völkerbund von Grund aus umgestaltet ist, gefaltet es einfach die Würde des deutschen Volkes nicht, weiterhin an die verschlossenen Worte zu hören, selbst wenn, wie jetzt behauptet wird, der aufmerkensame Völkerbundsrat aus irgendeinem Hinterfenster heraus uns zuhört.

Aus der Sitzung des Völkerbundsrates.

Der Völkerbundsrat hat den eingehenden Bericht des Botenführers Nijii entgegen genommen und in einer öffentlichen Sitzung die Entwürfe der B-Mandate genehmigt, indem er nur die von dem Redaktionsausschuß vorgeschlagenen Veränderungen vornahm, um sie mit den im März 1921 genehmigten Mandaten in Übereinstimmung zu bringen. Valfour erklärte, bei den Verhandlungen zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten wurde bezüglich des Palästina-Mandats volles Einverständnis erzielt. In der Nachmittagsitzung des Völkerbundsrates wurde entsprechend einem Erlaß der französischen Regierung beschlossen, von dem internationalen Gerichtshof ein Gutachten über das internationale Arbeitsamt und seine Zuständigkeit in wirtschaftlichen Angelegenheiten einzuholen. Den letzten Punkt der vorgelagerten Erörterung bildete die Forderung der bulgarischen Regierung an den Völkerbundsrat, eine Interkommission zu ernennen, um die Beschwerden Griechenlands, Rumaniens und Serbiens über Einfälle von bewaffneten bulgarischen Banden zu untersuchen. Die Vertreter der vier Mächte nahmen an den Verhandlungen über diese Frage teil. Der bulgarische Vertreter bestritt nicht das Vorhandensein der Banden, erklärte aber, es fehle der Regierung an ausreichender Kraft, um sie zu unterdrücken. Nachdem der Vertreter der anderen drei Länder die detaillierten Mächte auf die Gefahr der Lage hingewiesen hatte, eruchte der Völkerbundsrat den Botenführer Nijii, einen Bericht über die Lage auszugeben, damit dann im Laufe der weiteren Beratung ein Beschluß gefaßt werden könne.

Die Absetzung eines Regierungskommissars verlangt.

Die politischen Parteien des Saargebietes, die Deutsche Demokratische Partei, die Deutschnationale Volkspartei, die Liberale Volkspartei, die Sozialdemokratische Partei und die Zentrumspartei, sowie die hiesigen Parteien angehörenden Mitglieder des Landtages richteten folgendes Schreiben an den Völkerbundsrat in Genf: Die Regierungskommission des Saargebietes hat wiederholt dem Wunsch Ausdruck gegeben, mit der Bevölkerung in gedeihlicher Weise zusammenzuarbeiten. Auch die Bevölkerung hat den gleichen Wunsch. Ein wesentliches Hindernis für dieses gedeihliche Zusammenarbeiten bildet das laienmäßige Mitglied der Regierungskommission, Herr Dr. Hector. Dieser besitzt in der Bevölkerung gar kein Vertrauen, im Gegenteil lehnt ihn die Bevölkerung entschieden ab. Zur Erreichung eines guten Zusammenarbeitens der Regierungskommission mit der Bevölkerung bitten daher die unterzeichneten politischen Parteien und die von diesen gewählten Mitglieder des Landtages, die in diesem 26 von 30 Stimmen inne haben, einen hohen Völkerbundsrat, Herrn Dr. Hector im Herbst dieses Jahres nicht mehr zu befähigen und an seiner Stelle einen Mann zu ernennen, der das Vertrauen der Bevölkerung besitzt. Deshalb sprechen wir die Bitte aus, der Bevölkerung des Saargebietes zu gestatten, daß sie einem hohen Völkerbundsrate Männer ihres Vertrauens zur Ernennung vorschlägt. Unser Antrag geht dahin, daß dieser Vorschlag im Einklange mit den demokratischen Grundgesetzen das Ergebnis einer gemeinsamen Abstimmung der Bevölkerung sein möge. Wenn eine Befragung der Gesamtbevölkerung in der kurzen Zeit bis zur Ernennung des Saargebiet-Mitgliedes nicht mehr möglich sein sollte, so bitten wir wenigstens, Vorschläge des Landtages des Saargebietes anzuhören zu wollen.

Die Vereinbarungen mit dem Garantieauschuß.

Verschiedene Pariser Zeitungen veröffentlichten eine Mitteilung, daß zwischen der deutschen Reichsregierung und dem Garantieauschuß ein volles Einverständnis hergestellt worden sei. Es sei zwischen ihnen vereinbart worden:

1. Das Garantiekomitee wird die gesamten Einnahmen Deutschlands kontrollieren und auch die Ausgaben, bevor diese vom Reichstage beschlossen werden sind. Es wird so auch im Augenblick der Bewirtschaftung nachzugehen.

2. Alle finanziellen und wirtschaftlichen Statistiken werden dem Garantiekomitee zur Prüfung übergeben.

3. Die deutsche Regierung ist verpflichtet, das Garantiekomitee fortlaufend über den jeweiligen Stand der schwebenden Schuld Deutschlands auf dem Laufenden zu erhalten.

Der Bericht im Auswärtigen Ansehen.

Der Reichsfinanzminister Diercks berichtete im Auswärtigen Ansehen über den Inhalt der Forderungen der Garantiekommission. Die „B. Z.“ am Mittwoch“ erklärt, feststellen zu können, daß der Bericht, die Garantiekommission hätte die Gewährung der von der deutschen Regierung verlangten Stundung der Goldzahlung von der pflanzlichen Ueberlassung von Aktien deutscher Industrieunternehmen abhängig gemacht, falsch ist. Der Auswärtige Ansehen vertagte die Aussprache über den Bericht des Reichsfinanzministers Dr. Diercks, betreffend die Verhandlungen mit dem Garantiekomitee, bis zur nächsten Sitzung am Freitag, um den gedruckten Bericht über diese Verhandlungen in Händen zu haben.

Die erste offizielle Sitzung.

Die Reparationskommission ist für Donnerstag nachmittag in einer offiziellen Sitzung einberufen. Die Tagesordnung weist zwei Punkte auf und zwar die Entgegennahme eines Berichtes über die Verhandlungen des Garantiekomitees in Berlin und die Verantwortung der deutschen Delegation über die Reparationszahlungen.

Der „Tempo“ für ein kurzes Moratorium.

Der „Tempo“ schreibt in seinem Leitartikel nach einer Kritik des deutschen Finanzgebarens: Wenn es zur Durchführung der ersten finanziellen Reformen und zur Sicherstellung der Währungen unbedingt notwendig erscheint, eine oder höchstens zwei der Zahlungen Deutschlands aufzuschieben, so wird es zweifellos am Platze sein, ihm ein ganz kurzes Moratorium zu gewähren. Aber der Aufschub der Zahlungen müßte von der gleichzeitigen Durchführung der verlangten Reformen und von der Organisation einer mit allen notwendigen Vollmachten ausgestatteten Kontrolle abhängig gemacht werden. Ferner müßte die Reparationskommission im Laufe dieses ganz kurzen Zeitraumes eine etwaige Verletzung Deutschlands feststellen und die Feststellungen begründen. Wenn dann nicht sämtliche Verpflichtungen eingehalten würden, dann würden die alliierten Regierungen am besten kollektiv, wenn nötig aber auch einzeln handeln.

Nur Verhandlungen der verbündeten Regierungen.

Der Pariser Korrespondent der „Times“ schreibt: In der französischen öffentlichen Meinung findet die Auffassung große Verbreitung, daß es besser wäre, wenn die verbündeten Regierungen mit einander beraten würden, bevor es zu einer offiziellen Spaltung in der Reparationskommission komme. Sollte eine solche einmal eintreten, so würde es für die führenden Staatsmänner der beiden Länder, Poincaré und Lloyd George, schwierig sein, sich zu verständigen. Der Korrespondent nimmt das Gerücht über ein eventuelles Aufheben Frankreichs aus der Reparationskommission nicht ernst, meint aber, es wäre sehr zu bedauern, wenn Dubois in der Kommission wieder isoliert werden würde.

Großbritanniens Beharrlichkeit.

Lloyd George hielt anlässlich seiner Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Abergavenny eine Rede, in der er u. a. sagte, niemals habe die Welt in ihrer Geschichte einen so schweren Joch für einen Krieg gehabt wie für den letzten. Ob er zu schwer gewesen sei, das hängt davon ab, welchen Wert man der menschlichen Freiheit beimesse. Eine derartige Sündflut werde aber niemals wieder über die Welt hereinbrechen. Hätte England damals beiseite gestanden, so würde ein anmaßendes, rücksichtsloses militärisches Recht Europa beherrscht haben. Frankreich und England hätten dann am Boden gelegen, und der europäische Kontinent und seine nationalen Freiheiten würden von einer eisernen Agrannell mit Füßen getreten werden. Großbritannien wäre noch eine Weile am Leben geblieben, denn Gott habe ihnen die See gegeben, die das Land wie einen Burgraben umgibt, der keine Macht überdritten haben würde. Aber Großbritannien würde einem anmaßenden Beherrscher Europas gegenüber gestanden haben. Es hätte alle Kräfte für den Augenblick des Entscheidungskampfes sammeln müssen. Eine solche Gefahr werde nicht wiederkehren. Dafür zu sorgen sei im Augenblick die nächste Aufgabe der Staatsmänner. Großbritannien stellt seine erschöpften Hilfsquellen wieder her. Es selge eine Beharrlichkeit wie nie zuvor. Es werde die Schwierigkeiten überwinden und in den nächsten Jahren stärker sein als je zuvor. Aber man dürfe nicht vergessen, daß der Frieden unentbehrlich sei. Die Friedensfreunde, die jetzt viel zu sehr verplättet seien, müßten für den Frieden zusammenarbeiten. Es gäbe heute Kräfte, die es notwendig machten, daß die Freunde des Friedens eine unerschütterliche Whalang bildeten. Hierbei müßten alle mitwirken.

Der Vorkanzler Lord Birkenhead

sagte in einer Rede, die Zivilisation Europas und die Wohlfahrt Englands könne nicht wieder hergestellt werden, wenn es nicht in der einen oder anderen Weise möglich wäre, daß Deutschland einen Beitrag im Interesse der Völker Europas und des europäischen Handels leiste. Er teilte niemals die Auffassung der Leute, welche behaupteten, das Sinken der Mark beruhe auf einer ausgeglichelten Berechnung von Seiten der Deutschen. Das Sinken der Mark sei in hohem Maße das Ergebnis der unklugen Finanzpolitik. Man werde aber einen großen Irrtum begehen, wenn man sich nicht die außerordentlichen Schwierigkeiten klar mache, vor denen die deutsche Regierung in den letzten Jahren gestanden habe. Er persönlich hoffe, daß es möglich sein werde, daß diejenigen, die im letzten Kriege Märrte waren und

die im gegenwärtigen Augenblick die Verantwortung für die in der nächsten Zukunft zu ergreifenden Maßnahmen tragen, eine Lösung finden werden, die es ermöglicht, daß Deutschland eine bedeutende Strafkasse zahle, ohne daß es dabei in eine Lage käme, die letzten Endes jede Zahlung unmöglich machen würde.

Eine Konferenz in Paris.

Der Direktor für private Güter und Interessen im französischen Ministerium des Innern hat eine Konferenz der Direktoren der entsprechenden Stellen bei den alliierten Regierungen angeregt. Diese soll am 25. Juli in Paris stattfinden. Anlaß dazu ist, wie Paris mitteilt, das deutsche Ersuchen um eine Verabreichung der monatlichen Devisenabgabe auf Grund des Londoner Abkommens vom 10. Juni 1921 für den Ausgleich der deutschen Schulden und Forderungen.

Ein Verlangen Rollets.

General Rollet verlangte seit langem eine Statistik über das gesamte deutsche Kriegsmaterial, welches nach Abwicklung des Waffenstillstandes sich noch in unserem Besitz befindet. Er brauche dieses zum Vergleich damit, was abgeliefert worden sei. Dazu teilt die zuständige Stelle mit: Wir haben ihm immer wieder erklärt, daß eine solche Statistik in zuverlässiger Weise nicht aufgemacht werden könne. Denn wir wissen nicht, was damals im Besitz der deutschen Stellen vorhanden gewesen ist und was während der Rückzüge im Westen und Osten verloren gegangen oder in die Hände der Zivilbevölkerung gekommen ist. Ein Kontrollkomitee fand im Schwabauer Archiv Akten der früheren Abnahmekommission vor. Er glaubte, daß diese Akten als Unterlage für die Statistik von Bedeutung sein könnten und verlangte deren Durchsicht. Auf seinen Wunsch sagte ihm der zuständige deutsche Offizier dieses zu. Die Akten sollten bis zum nächsten Tage liegen bleiben. Inzwischen hatte das Reichsfinanzministerium eine Untersuchung über den Fall Kroschke eingeleitet und die Beschaffung dieser Akten nach Berlin schon vor dem Besuche des Kontrollkomitees angefordert. Gerade an diesem Tage kam der Befehl, die Akten nach Berlin zu schaffen. Der Kontrollkomitee fand sie also am nächsten Tage nicht mehr vor, worin Rollet einen Vorwand erblickt, ihm die Akten zu entziehen. Die Akten können in Berlin eingesehen werden. Wenn die Kontrollkommission überhaupt das Recht hat, Akten zu verlangen, was, abgesehen von diesem Fall, diesbezüglich grundsätzlich bestritten wird, so konstruiert Rollet natürlich einen neuen Diktionsfall. Unser Bemühen geht aber seit langem dahin, der Kontrollkommission nach Möglichkeit keinerlei Schwierigkeiten zu machen.

Zur Bildung

der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft.

Die Besprechungen im Reichstage zwischen den Führern des Zentrums, der deutschen Volkspartei und der demokratischen Partei stellen erneut eine grundsätzliche Ueber-einstimmung der Parteien über die Bildung einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft fest. Die deutsche Volkspartei trat für die Einbeziehung der bayerischen Volkspartei ein und es bestand auch Einigkeit darüber, daß der bayerischen Volkspartei der Eintritt in die Arbeitsgemeinschaft offen stehe. Diese Partei verhandelt auf dem demnächst abzuhaltenden Parteitag darüber. Die Arbeitsgemeinschaft wird erst zu ihrer praktischen Auswirkung gelangen, wenn der Reichstag wieder versammelt sein wird. Eine offizielle Erklärung der drei bürgerlichen Parteien steht bevor.

Besserung im Reichsbahn-Haushalt.

Der Abschluß des ordentlichen Haushaltes der Reichsbahnverwaltung für das Rechnungsjahr 1921 liegt vor. Er ergibt eine Einnahme von 45,1 Milliarden und eine Ausgabe von rund 52 Milliarden. Der Fehlbetrag beläuft sich mithin auf 6,9 Milliarden, das ist gegenüber dem Haushaltsanschlag 1921 von 10,8 Milliarden eine Verbesserung um 3,9 Milliarden und gegen den Fehlbetrag im Rechnungsjahr 1920 mit 15,6 Milliarden eine Verbesserung um 8,7 Milliarden Mark. Der Fehlbetrag ist also geringer als nach der vom Reichsverkehrsminister bekanntgegebenen Schätzung. Die Verbesserung des Ergebnisses ist einerseits den Tarifserhöhungen, der günstigen Verkehrsgestaltung und der starken Erhaltung aller sonstigen Einnahmequellen, andererseits den Erfolgen auf dem Gebiete der Ausbaue-wirtschaft zu danken.

Von der Haager Konferenz.

Gestern nachmittag sind die Präsidenten der nicht-russischen Kommissionen zusammengetreten, um über den jetzigen Zustand zu beraten. Im Prinzip wurde beschlossen, den nicht-russischen Kommissionen vorzuschlagen, die neuen Instruktionen aus Moskau abzuwarten, um die Vorarbeiten zu revidieren, welche am Montag Litwinoff übermittelt worden sind.

Das wichtigste der neuen Lage ist, daß die französischen und die belgischen Delegierten in der gekürzten vollzähligen Konferenz tatsächlich dabei geblieben sind, daß es keinen Zweck habe, weiter zu verhandeln und daß die Konferenz beendet werden müsse, während der britische Delegierte die Vorschläge Litwinoffs als sehr wichtig betrachtet und bereit ist, der russischen Delegation entgegenzukommen.

In der gekürzten vollzähligen Sitzung der Konferenz hat Litwinoff vorgeschlagen, der russischen Delegation Gelegenheit zu bieten, sich mehr mit der russischen Regierung in Moskau in Verbindung zu setzen, um die nachstehenden neuen Vorschläge zu unterbreiten: 1. daß die Türken die russische Sowjetregierung anerkennen; 2. den tatsächlichen Schadenersatz zu leisten für Privoteigentümer, welche von